

Kommentar

Die Herausforderung

Von Richard Herzinger 24. Oktober 2009, 18:44 Uhr

Henryk M. Broder wäre eine Chance für den Zentralrat der Juden. Er spricht das an, was viele denken aber niemand sagt.

Zuerst dürften es viele für einen Scherz gehalten haben. Dann aber erwies sich die Ankündigung des Publizisten und jüdischen Agnostikers Henryk M. Broder, im kommenden Jahr für das Amt des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland zu kandidieren, als Paukenschlag.

Kampfansage

Der als beißender Polemiker und unberechenbarer Freigeist bekannte Intellektuelle als oberster Funktionär eines Interessensverbandes, der sich über weite Strecken mit wenig inspirierenden Problemen wie der Etatverteilung und der Ausbalancierung von Ansprüchen divergierender religiöser Richtungen im deutschen Judentum herumschlagen muss? Das mag auf den ersten Blick eine „lustige Fantasie“ sein, wie es der amtierende Zentralrat-Vize Dieter Graumann in einer ersten Reaktion auf Broders öffentliche Bewerbung ausdrückte. Doch Broder meint seine Kampfansage an das Zentralrat-Establishment ernst und führt damit handfest Politisches im Schilde. Mit seiner Kritik an überfordertem Führungspersonal und der inflationären Häufung vergangenheitspolitischer Mahnungen des Zentralrats spricht er drastisch aus, was innerhalb der 120000 Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinden in Deutschland vielfach registriert wird. Stellungnahmen von Zentralrat-Oberern vermitteln oft den Eindruck, es gehe ihnen mehr um die Demonstration der eigenen institutionellen Bedeutung als um durchdachte Beiträge zu politischen und gesellschaftlichen Debatten – und es würden dabei bisweilen Nebensächlichkeiten überdimensional aufgeplustert.

Ein jüngstes, spektakuläres Beispiel für den Verlust von Maßstäben lieferte Zentralrat-Generalsekretär Stephan Kramer, der seine Kritik an den Äußerungen des Bundesbank-Vorstands Thilo Sarrazin zur Migration mit einem grotesken Hitler- und Goebbels-Vergleich würzte. Doch schon zuvor hatten sich einige Interventionen des Zentralrats hart an der Grenze zur Karikatur bewegt. Als Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff vergangenes Jahr vor einer „Pogromstimmung“ gegen Manager warnte, hielt der Zentralrat diesen rhetorischen Ausrutscher für ausreichend, um seinen Rücktritt zu fordern. Und als der TV-Entertainer Harald Schmidt vor einigen Wochen in einem satirischen Sketch einen Torbogen zeigte, auf dem „Leistung muss sich wieder lohnen“ zu lesen war, fühlte man sich im Zentralrat an das Portal von Auschwitz erinnert und verlangte von Schmidt eine Entschuldigung.

Denkschablonen

Dabei steht außer Frage, dass sich eine jüdische Interessenvertretung gegen antisemitische Tendenzen zur Wehr setzen und darauf achten muss, dass die Erinnerung an das Menschheitsverbrechen des Holocaust in der deutschen Gesellschaft präsent bleibt. Doch der Zentralrat bleibt dabei meist in Denkschablonen befangen, die zu den heutigen, unübersichtlicher und komplexer gewordenen Verhältnissen nicht mehr recht passen wollen.

Sie entstammen noch der Nachkriegszeit, als sich der 1950 gegründete Zentralrat einer unmöglich scheinenden Aufgabe stellen musste: dabei zu helfen, der kleinen Schar von Überlebenden der Judenvernichtung die Existenz im Land der Täter erträglich zu machen. Dabei überwog stets die Furcht, die deutsche Gesellschaft könnte trotz der neuen demokratischen Tünche wieder in die NS-Barbarei zurückfallen. Die jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik etablierten sich schließlich als eine kleine, homogene Gemeinschaft – mit einem großen Anteil aus Polen entkommener Holocaust-Überlebender, die in Deutschland eher gestrandet als gelandet waren, ihre Existenz hier nun aber dauerhaft einrichteten. Vom deutschen Staat gefördert und als eine Art vergangenheitspolitische Gewissensinstanz beansprucht, konnten sie ihr Misstrauen in die Tragfähigkeit seiner Toleranz aber naturgemäß nie ganz überwinden.

In der zweiten und dritten Generation unterscheiden sich Lebenswirklichkeit und Probleme deutscher Juden jedoch kaum mehr von denen in anderen europäischen Nationen. Nicht dass die Gefahren des Antisemitismus geschwunden wären – sie haben aber zum Teil neue, auch subtilere Formen angenommen. Doch der Zentralrat ortet die Bedrohung noch immer fast ausschließlich in der Ecke der Neonazis – zum islamistischen Judenhass ebenso wie zu der als „Antizionismus“ drapierten Judenfeindschaft von links hat er dagegen vergleichsweise wenig zu sagen. Traditionsgemäß wird das konservative Spektrum von ihm argwöhnischer beäugt als das linke – obwohl sich doch gerade dort eine zunehmend aggressive Stimmung gegen das angeblich „rassistische“ Israel ausgebreitet hat.

Zuwachs

Jenseits des Streits um solche ideologischen Schief lagen, die Broder attackiert, plagen die jüdischen Gemeinden im Alltag jedoch weit näherliegende Sorgen. So erinnert Stephan Kramer daran, dass die wichtigste Aufgabe des Zentralrats „der anhaltende Aufbau jüdischen Lebens in der Bundesrepublik“ sei. Der hat durch den Zuwachs von rund 100000 jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion in den vergangenen 20 Jahren zwar einen enormen Schub erhalten. Doch bescherte das den jüdischen Gemeinden, die sich, so Kramer, primär um das religiöse und kulturelle Leben ihrer Mitglieder zu kümmern hätten und „versuchen, die jüdische Gemeinschaft für die Zukunft zu wappnen“, auch enorme Integrationsprobleme. Indem sich die ethnische, kulturelle und soziale Vielfalt der Gemeinden schlagartig erhöht hat, stellt sich auch die Frage neu, was jüdische Identität eigentlich ausmacht. Denn vielen Neuankömmlingen sind jüdische Traditionen insgesamt und schon gar die des etablierten deutschen Nachkriegsjudentums fremd. In den Führungsgremien des Zentralrats aber ist die neue Einwanderergeneration noch kaum vertreten.

So überdecken die Schaukämpfe zwischen Broder und dem Zentralrat-Establishment um die richtige Selbstdarstellung gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft, dass die Schwierigkeiten des jüdischen Dachverbands vor allem struktureller Natur sind. Immerhin: Broders Außenseiterkandidatur könnte andere, bisher wenig gehörte Stimmen in den jüdischen Gemeinden ermutigen, sich stärker in die Verwaltungsroutine ihrer Oberen einzumischen. Broders Ruhestörung gibt ein Signal: Der Zentralrat der Zukunft, so er eine hat, wird uneinheitlicher und widersprüchlicher sein – und weniger als bisher einem Zentralkomitee ähneln, das unerschütterliche Wahrheiten an die Außenwelt sendet.

<http://www.welt.de/debatte/article4930052/Nutzerprofil.html?id=99498>